

Hartz IV – ein Modell für Österreich?

Fortsetzung von Seite 1

BMS haben, sind – sofern sie nicht anderweitig (mit-)versichert sind – auch nicht mehr krankenversichert. Die betroffenen Personen müssten sich selbst versichern.

Zeiten des Notstandshilfe-Bezugs gelten in der Pensionsversicherung als Beitragszeiten (bzw. Ersatzzeiten für vor 1955 Geborene). Da mit dem BMS-Bezug keine Pensionsversicherungszeiten erlangt werden, kommt es zu geringeren Pensionsansprüchen.

Auf individueller Ebene sind die Auswirkungen auf das Vermögen der betroffenen Notstandshilfe-Haushalte zentral. Grundsätzlich müssen bei der BMS im Gegensatz zur Notstandshilfegeldwerte Ersparnisse bis zu bestimmten Freibeträgen aufgebraucht werden; sobald BMS-Leistungen für eine Dauer von sechs Monaten bezogen wurden, ist zudem bei nicht verwertbaren unbeweglichen Vermögen die Zuerkennung weiterer Leistungen von der Sicherstellung eines allfälligen Ersatzanspruches abhängig. Verliert etwa eine über 50-jährige Person mit Ersparnissen von EUR 50.000,- den Arbeitsplatz, sind bei eingeschränkten Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt „unangenehme“ Konsequenzen zu erahnen.

Schließlich wären noch potenzielle Auswirkungen auf Bildungs- und Teilhabechancen sowie auf den Gesundheitszustand der Betroffenen, insbesondere auch auf Kinder in diesen Haushalten, zu erörtern, da Einkommen und Ersparnisse (verstärkt) zur Abdeckung der täglichen Lebenshaltungskosten verwendet werden müssten.

Auf gesellschaftlicher Ebene sind neben potenziellen Auswirkungen auf Sicherheit und Kriminalität vor allem Kaufkraftverluste mit gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen im Hinblick auf die geringeren Transferleistungen zu berücksichtigen, die durch eine mögliche Zunahme von „Schwarzarbeit“ aufgrund strengerer Anrechnungsbestimmungen zu einem zusätzlichen Verlust an Steuern und Abgaben führen könnten.

Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Während die oben angeführten Auswirkungen mit Erfahrungen aus Deutschland kaum überprüfbar sind, da ein entsprechender marginaler Effekt der Hartz-IV-Reform schwer herausrechenbar ist, gibt es zu den Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung doch zahlreiche empirische Anhaltspunkte.

Grundsätzlich lässt sich in Deutschland seit Einführung der Hartz-Reformen tendenziell eine sinkende Arbeitslosigkeit feststellen. Dies wird jedoch auch mit einem weniger gestiegenen Arbeitsangebot als z.B. in Österreich (v.a. Frauen, MigrantInnen) in Verbindung gebracht. Konkrete Auswirkungen des Arbeitslosengeldes II und anderer Maßnahmen der Hartz-Gesetze konnten bei folgenden Punkten festgestellt werden:

- Eröffnung des Zugangs zu arbeitsmarktpolitischer Förderung für bestimmte Gruppen: Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen stellen einen deutlich gestiegenen Anteil der TeilnehmerInnen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik.
- Verstärkte Arbeitsanreize und Erhöhung des Arbeitsangebots der KlientInnen inkl. verstärkter Bereitschaft, Arbeitsplätze mit schlechteren Bedingungen anzunehmen.
- Die „Aktivierung“ läuft häufig ins Leere: BezieherInnen von Arbeitslosengeld II sind i.d.R. zu einer Arbeitsaufnahme bereit, aber es sind nicht genügend Jobs verfügbar. Es gibt einen Kern dauerhafter Arbeitsloser, die aufgrund der begrenzten Beschäftigungsfähigkeit trotz Eingliederungsinstrumenten keine Chance im ersten Arbeitsmarkt haben.
- Wenig nachhaltige Integration bzw. „Drehtüreffekt“: Ein beträchtlicher Teil der Zugänge hat innerhalb von zwölf Monaten zuvor bereits Arbeitslosengeld II bezogen.
- Arbeitslose mit Versicherungsanspruch (Arbeitslosengeld I, ähnlich wie

Arbeitslosengeld in Österreich) nehmen rascher wieder eine Beschäftigung auf.

- Möglicherweise (auch) Auswirkungen auf Erwerbstätige: Die Beschäftigung ist zugleich unsicherer und dauerhafter geworden.
- Der Vorrang jeglicher Form von Erwerbsarbeit führte letztlich zu einer (weiteren) Vergrößerung des Niedriglohnssektors.
- Hinweise auf Verdrängungseffekte durch den Einsatz von Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“ etc.).

Insgesamt konnte die Langzeitarbeitslosigkeit nicht im Kern bekämpft werden. Die Maßnahmen von Hartz I bis III (Arbeitsmarktförderung, Betreuung und Vermittlung) dürften hinsichtlich Arbeitsintegration wirkungsvoller gewesen sein als Hartz IV. Positive Wirkungen des Arbeitslosengeldes II resultieren u.U. eher aus einem Abschreckungs- als aus einem Fördereffekt. So ist insbesondere kurz vor Ablauf von Arbeitslosengeld I die Suchaktivität stark gestiegen.

Mit dem Wechsel zur neuen Transferleistung erfolgte eine vorrangige Orientierung an rascher, oft wenig nachhaltiger Reduzierung des Hilfebedarfs. Deutlich wurden auch die Grenzen der Aktivierung: Eine Integration in eine nicht geförderte Beschäftigung kann arbeitsmarktbedingt nur selten gelingen, insbesondere bei schwer vermittelbaren Arbeitslosen mit multiplen Problemlagen.

Aus der Gesamtschau der Befunde ergäben sich somit aufgrund einer potenziellen Reform beträchtliche budgetäre Minderausgaben und mögliche verstärkte Anreizeffekte zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, der aber signifikante Auswirkungen auf Armutsgefährdung, Einkommensverteilung und weitere (potenzielle) Folgekosten gegenüberstehen. Einer „Einführung“ von Hartz IV in Österreich ist somit mit einiger Skepsis zu begegnen.

Europa der Autokraten?

Die europäische Einigung ist untrennbar mit den Grundsätzen der Demokratie verbunden. Alle sechs Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die in den 1950er mit der wirtschaftlichen Vereinigung den Prozess der europäischen Integration in Gang setzten, sahen in der demokratischen Ordnung der Mitgliedstaaten ein wesentliches Element für die europäische Zukunft. Frankreich und Deutschland, die durch ihre Versöhnung den Grundstein für die Integration legten, waren ebenso wie Italien und die Beneluxländer demokratische Systeme, welche Antwort auf die Diktaturen des Nationalsozialismus und Faschismus waren. Die folgenden Beitritte zur Europäischen Gemeinschaft (EG) bzw. zur Europäischen Union (EU) hatten alle zur Voraussetzung, dass die Beitrittswerber demokratische Staaten waren. Man verfolgte in manchen Fällen mit dem Beitritt auch den Zweck, Demokratie zu stabilisieren und zu stärken. Das galt etwa für den Beitritt Spaniens und Portugals (1986), die den Übergang von autoritären Systemen zu demokratischen Ordnungen zu bewältigen hatten.

Als nach den politischen Veränderungen 1989 die mittel- und osteuropäischen Staaten an einer Teilnahme am europäischen Integrationsprozess interessiert waren, hat man in den sog. Kopenhagener Kriterien als Voraussetzung für den Beitritt die Gewährleistung von stabilen Institutionen, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Menschenrechten und dem Schutz der Minderheiten formuliert.

Die Gefährdung der liberalen Demokratie

Die Aufnahme dieser Staaten in die Union (2004 und 2007) war zweifellos ein außergewöhnlicher Akt, der die Einigung des europäischen Kontinents brachte. Darunter waren mit Estland, Lettland und Litauen Staaten, die der ehemaligen Sowjetunion zugehörten und somit demokratische Mit-

gliedstaaten wurden. Der dort 1989 ausgelöste politische Wandel verlief mehr oder weniger erfolgreich: Diese Staaten etablierten ein Mehrparteiensystem, das sich demokratischen Grundwerten verpflichtet fühlte.

Umso überraschender ist die Entwicklung in einigen osteuropäischen Ländern, die Zweifel an der Demokratiequalität hervorruft. In Polen und Ungarn versuchte die Regierungsgewalt zwei Grundpfeiler der Demokratie einzuschränken bzw. zu unterminieren: Zum einen den Bestand einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, zum anderen die Einschränkung der Medienfreiheit, um die öffentliche Meinung durch die Regierung beeinflussen zu können.

Aber auch in den westlichen Demokratien sind Erosionsprozesse festzustellen. Laut Umfragen ist das Vertrauen in PolitikerInnen und die politische Klasse radikal zurückgegangen. Populistische Parteien gewinnen immer mehr Stimmungen und beeinflussen den politischen Prozess durch vereinfachende Argumentation, gezielte Emotionalisierung und eine Politik der Verführungen. Die Auswirkungen sind fatal: Die Zahl derjenigen, die meinen, dass sich Demokratie überlebt hat, nimmt zu.

Eine demokratische Gesellschaft muss gegen diese Rezessionserscheinungen der Demokratie ankämpfen. Und zwar nicht nur von den politischen Eliten, sondern vom Volk, das die Hauptverantwortung für eine funktionierende Demokratie trägt. Die liberale Demokratie besteht in ihrem Kern aus der Gewaltentrennung, der republikanischen Demokratie, den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den verfassungsmäßig verankerten Minderheitsrechten. Demokratie ist das Bemühen um einen Ausgleich in einem gesellschaftlichen Pluralismus.

Der Regionalismus und seine Gefahr einer Desintegration

Regionen spielen im Einigungsprozess eine zunehmend wichtige Rolle als po-

litische Akteure. Regionale Identitäten sind die Grundlage für die Begründung einer europäischen Identität. Ein „Europa der Regionen“ wird als Zukunftsperspektive des europäischen Einigungsprozesses angesehen.

Diese Erwartung ist durch die Ereignisse in Katalonien erheblich reduziert worden. Regionalismus wird hier zum Separatismus. Man fürchtet eine Kettenreaktion, die Auswirkungen auf die Aktivitäten von Unabhängigkeitsbewegungen in anderen Ländern haben könnte (z.B. Korsika, Norditalien). Die Ereignisse in Katalonien zerstören alle Hoffnungen, ein Europa der Regionen durch eine vernünftige Autonomie der regionalen Einheiten als Modell zu begründen. Der Separatismus und Sezessionismus der Regionen gefährdet das europäische Projekt. Er fördert einen affektiven Nationalismus und begünstigt autokratische Herrschaftsverhältnisse. Die EU muss alle ihre Kräfte einsetzen, um die betreffenden Staaten zu einem Dialog mit den Konsenswilligen herbeizuführen.

Quo vadis Europa

Europa kann ohne gemeinsames Verhalten seiner Staaten die Zukunft nicht bewältigen. Es braucht innere und äußere Stärke. Nicht nur die Lösung von Währungs- und Wirtschaftsproblemen werden Europas Schicksal bestimmen. Der Erhalt der liberalen Demokratie ist ein wichtiges Anliegen der europäischen Einigung. Die EU muss beispielgebend in einem Gestaltungsprozess sein, der den Bestand und die Wahrung demokratischer Strukturen zum Ziel hat. Mehr denn je muss es zeigen, dass das Modell der europäischen Einigung von den Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Toleranz und der Solidarität geprägt ist und man in keiner Weise bereit ist, davon abzuweichen.

Heinrich Neisser

em. Univ.-Prof., Universität Innsbruck

Klimawandel und Biolandwirtschaft

Klimaentwicklung in Österreich und Anteil der Landwirtschaft daran

In Österreich ist nach Szenarien des Internationalen Beirats zum Klimawandel mit einem Temperaturanstieg von 2,3 bis 4,0 °C bis 2100 zu rechnen. Ursache ist die vom Menschen verursachte Zunahme der Treibhausgase (THG) Kohlendioxid (CO₂), Lachgas (N₂O) und Methan (CH₄) in der Atmosphäre. Hitzetage mit Temperaturen über 30 °C werden sich mehr als verdoppeln. Im Alpenraum werden die Winter milder und niederschlagsreicher. In Ostösterreich werden Trockenphasen im Frühjahr–Sommer länger. Extremereignisse wie Starkregen und damit Bodenerosion und Hochwässer werden vermehrt auftreten.

Die Landwirtschaft Österreichs trägt mit etwa 9 % der THG-Emissionen, v.a. CH₄ aus der Tierhaltung und N₂O aus stickstoffgedüngten Böden, zum Klimawandel bei. Dazu kommen noch Emissionen durch Land Use Change – Abholzung von Wald, Umwandlung von Grünland zu Ackerland – für die Produktion von importierten Futtermitteln wie Soja und Emissionen aus der Herstellung von mineralischen Düngern.

Möglichkeiten zur Verminderung der THG-Emissionen aus der Landwirtschaft gibt es v.a. bei der Wiederkäuerfütterung (bessere Grundfutterqualität und -konservierung, höherer Weideanteil), Wirtschaftsdüngerbehandlung (Abdeckung von Güllelagern, emissionsarme Ausbringetechniken), Reduktion der Stickstoffverluste und Erhöhung der Stickstoffeffizienz (Abstimmung der Düngung auf Boden, Witterung, Pflanzenzustand und -entwicklung), Restaurierung von Feuchtgebieten und Aufgabe der Nutzung ausgewählter Flächen.

Im Biolandbau wird, v.a. aus Qualitätsgründen, auf mineralische Stickstoffdünger und synthetische Pflanzenschutzmittel verzichtet. Dadurch entfallen die Emissionen aus deren energieintensiver Herstellung. Auch

werden weniger importierte und energiereiche Futtermittel eingesetzt, und der Tierbestand ist bedeutend geringer als in der konventionellen Landwirtschaft. Deshalb sind die flächenbezogenen THG-Emissionen deutlich verringert. Durch den Minderertrag gegenüber konventioneller Produktion ergibt sich bei den produktbezogenen Emissionen i.d.R. kein Vorteil für Bioprodukte.

Auch die KonsumentInnen beeinflussen über ihre Ernährungsgewohnheiten maßgeblich den Klimawandel. Hoher Fleischkonsum, in Österreich maßgeblich Schweinefleisch, wirkt sich negativ auf das Klima aus, ebenso wie Verluste bei Lagerung, Transport, Handel und Konsum von Lebensmitteln.

Klimawandelfolgen, Klimawandelanpassung, Klimafolgenminderung

Mehr CO₂ in der Atmosphäre wird das Ertragspotenzial etwas erhöhen. Aber auch Hitze- und Trockenstress bei den Pflanzen werden zunehmen sowie das Risiko von Überschwemmungen und Frostschäden, der Schädlingsdruck und durch Schädlinge übertragene Krankheiten. Ertragsschwankungen und das Risiko von Ertragsausfällen werden ansteigen, v.a. bei Sommerkulturen wie Kartoffeln oder Sommergerste. Im Acker- und Gemüsebau wird der Bedarf an Bewässerung zunehmen, im Obst- und Weinbau das Risiko von Schäden durch Spätfröste. Kurzfristige Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel sind u.a. bodenwassersparende Bodenbearbeitungsverfahren (Mulchen, reduzierte Bodenbearbeitung ...), der Einsatz von trocken- oder hitzeresistenten Arten/Sorten, Frostschutz und Hagelschutz v.a. in Obst- und Weinbau, Anpassungen von Anbau- und Bearbeitungszeitpunkten, die Einbindung von stickstofffixierenden Pflanzenarten mit reicher Wurzelmassebildung sowie Agroforstsysteme. Der Anteil der Sommerkulturen wird sich

zugunsten des Anteils der Winterkulturen verringern. Mittelfristige Maßnahmen sind die Verbesserung von Bewässerungsinfrastruktur und -technik, ein gezielteres Monitoring von Schädlingen und Krankheiten, Risikoverteilung durch Diversifizierung sowie Züchtung trocken- oder hitzeresistenter Arten/Sorten.

Ein vorrangiges Ziel, um die Folgen des Klimawandels im Ackerbau abzupuffern, ist die Erhöhung der Bodenhumusgehalte. Humusreichere Böden binden mehr Kohlenstoff und verringern die CO₂-Emissionen. Sie können Starkregen besser aufnehmen, mehr Wasser speichern und verfügen über ein verringertes Erosionsrisiko. So können humusreichere Böden Nährstoffauswaschungsverluste und Trockenstress bei Pflanzenbeständen, Ertragsschwankungen und das Risiko von Ertragsausfällen mindern. Maßnahmen, die Humusgehalte zu erhöhen, sind der vermehrte Anbau von humusaufbauenden Futterpflanzen und -gemengen wie Klee gras sowie von Zwischenfrüchten und Begrünungen und der Einsatz von Kompost und Stallmist. Alle diese Maßnahmen werden im Biolandbau ohnehin durchgeführt, weshalb ihm eine höhere Anpassungsfähigkeit an die Auswirkungen des Klimawandels zugeschrieben wird.

Neben ihrer Funktion der Nützlingsförderung zur natürlichen Schädlingsregulierung akkumulieren Hecken Schnee und reduzieren die Verdunstung sowie Wasserverluste, sodass den Kulturpflanzen in Trockenperioden länger Wasser zur Verfügung steht. Im Biolandbau haben sie deswegen eine hohe Bedeutung.

Politische Rahmenbedingungen und der Beitrag jedes Einzelnen

Österreich hat bislang seine im Jahr 2012 im Abkommen der 18. Klimakonferenz in Doha (Katar) zugesagte Reduktion der Emissionen bis 2020 um 20 % gegenüber 1990 verfehlt. Die bisher angestrebten Maßnahmen reichen



bei Weitem nicht aus, um das in Paris beschlossene Klimaziel einer maximalen Erhöhung von 2 °C zu erreichen. Dazu bedarf es hochwirksamer politischer Weichenstellungen zur Reduktion der THG-Emissionen, die weit über das bisher geplante Ausmaß hinausreichen und rasch umgesetzt werden. Politische Vorgaben, solche Maßnahmen zu ergreifen, sind derzeit nicht erkennbar.

Ein wesentlicher Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen ist über eine Verringerung des Verzehrs tierischer Produkte zu erreichen. Ebenso mindernd sind regional produzierte, saisonale und biologisch angebaute Produkte. Durch eine vegetarische und biologische Ernährung lässt sich die persönliche THG-Bilanz der Ernährung um bis zu 66 % senken. Davon würden auch die Nutztiere,

unsere Umwelt und die eigene Gesundheit profitieren.

**Jürgen Kurt Friedel und
Bernhard Freyer**

*Institut Ökologischer Landbau
Universität für Bodenkultur, Wien
<http://www.nas.boku.ac.at/ifoel/arbeitgruppen/ag-bodenfruchtbarkeit-und-anbausysteme/>*

Warum ums Sorgen sorgen?

Über Sorgekrisen in unserer Gesellschaft, ihre Ursachen und mögliche Lösungsansätze

Fr., 13. April 2018, 16 bis 20.30 Uhr

Cardijn Haus Linz, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen wie der demographische Wandel oder der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit tragen dazu bei, dass die Strukturen der für jede Gesellschaft notwendigen Care-Arbeit brüchig werden und die Sorge für sich und andere in die Krise geraten ist.

Während Pflegeeinrichtungen mit Einsparungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen konfrontiert sind, hat sich im privaten Bereich die 24-h-Personenbetreuung etabliert, bei der Frauen aus osteuropäischen Ländern Sorgearbeit erbringen. Inwiefern den Care-Arrangements beider Bereiche Sorgekrisen eingeschrieben sind, was diese für die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sorgeleistenden bedeuten und wie damit Fragen der Un-/Gleichheit und Gerechtigkeit verbunden sind, sind zentrale Fragen dieser Veranstaltung.

Vortrag von **Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Aulenbacher** und anschließende Podiumsdiskussion mit **Mag. Ephraim Holzinger, Dr. Erich Lehner, Andrea Wienerroithner, LAbg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elisabeth Manhal, DGKP Renate Pühringer, DGKP Zuzana Tanzer.**

Eine Kooperationsveranstaltung der Abteilung Gesellschaft und Theologie der Diözese Linz (Sozialreferat) gemeinsam mit dem Katholischen Bildungswerk OÖ, der Katholischen Frauenbewegung in OÖ, der Katholischen Männerbewegung der Diözese Linz sowie dem Treffpunkt Pflegepersonal; gefördert von der ÖGPB.

Weitere Informationen:

Sozialreferat der Diözese Linz,
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
☎ (0732) 76 10-32 51
sozialreferat@dioezese-linz.at



Bitte um Druckkostenbeitrag

Ein herzliches Dankeschön an all jene, die uns bereits nach der Juni-Ausgabe von INTERESSE mit der Einzahlung eines Druckkostenbeitrages unterstützt haben. Sollten Sie erst jetzt die Möglichkeit haben, uns einen freiwilligen Druckkostenbeitrag in Höhe von **7 Euro für das Jahr 2017** zu überweisen, danken wir Ihnen schon im Voraus sehr herzlich dafür. Ein Zahlschein liegt bei.



„... die im Dunkeln sieht man nicht.“

(Berthold Brecht)

**Gudrun Schnaubelt und
Franz Schrittwieser**

In Oberösterreich arbeiten in den Justizanstalten Suben, Ried, Garsten/ Steyr, Wels, Linz mit der Außenstelle Asten und dem Forensischen Zentrum Asten sieben beauftragte GefangenenseelsorgerInnen. Sie begleiten inhaftierte Menschen in Einzelgesprächen, leiten Feiern und Gottesdienste, bieten Gesprächsgruppen an, organisieren musikalische und kreative Angebote und unterstützen in dieser Zeit bis zur Entlassung Insassen und deren Angehörige – manchmal auch lange darüber hinaus. Ehrenamtliche MitarbeiterInnen sind als Besuchsdienste und GruppenleiterInnen (Bibelrunden, Gesangsgruppen) tätig, engagieren sich bei Projekten und unterstützen durch ihren oft hohen persönlichen Einsatz die Arbeit der Gefangenenseelsorge.

Unsere Hauptaufgabe sehen wir darin, Menschen „hinter Gittern“ spüren zu lassen, dass sie trotz aller Schuld eine gottgegebene Würde haben, darin verweist unsere Tätigkeit auf den innersten sozialen Auftrag der christlichen Kirchen:

„Ich war im Gefängnis und ihr habt mich besucht“

Wir sind für inhaftierte Frauen und Männer da, die das Gespräch mit uns suchen – gleich welcher Religion oder Weltanschauung. Wir begleiten jene Insassen auf ihrem Weg, die ihr Leben im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst in die Hand nehmen wollen, und versuchen sie vor Vereinsamung in der Haft zu bewahren und die Gesellschaft auf die Haftentlassenen vorzubereiten. Wir sind mit Angehörigen im Gespräch, die aufgrund der Inhaftierung eines nahen Menschen in seelische oder materielle Not geraten sind, und vermitteln an caritative und beratende Einrichtungen. Im Austausch mit der Anstaltsleitung, den Bediensteten der Justiz-

wache und den Betreuenden Diensten in den Justizanstalten versuchen wir im Einzelfall zu unterstützen.

Manches lässt sich trotz aller Bemühungen nicht lösen und Themen wie Armut, Krank- und Altsein stellen sich im Gefängnis oft existenzieller als in Freiheit. Auch die Pluralität der Kulturen, gesellschaftliche Erwartungen und „mitgebrachte“ psychische und gesundheitliche Belastungen der Insassen stellen das nicht frei gewählte Zusammenleben und -arbeiten vor große Herausforderungen.

Persönlicher Erfahrungsbericht

Im Folgenden berichtet ein ehrenamtlicher Mitarbeiter über seine Erfahrungen in der Gefangenenseelsorge der Justizanstalt Wels:

Es war vor neun Jahren, als mich Samy Schrittwieser fragte, ob ich ihn in der Gefangenenseelsorge unterstützen könnte. Er bräuchte jemanden für Einzelgespräche mit Gefangenen. Nach einiger Bedenkzeit sagte ich zu und Samy zeigte mir die Justizanstalt Wels: ein Bau mit hohen Mauern, Stacheldraht, Panzertüren, Gittern und vielen Kameras. Ein eigenartiges Ambiente für künftiges Wirken.

Ich bin am Montagvormittag dort und rede mit jenen Insassen, die sich für ein Seelsorgegespräch angemeldet haben. Wir reden über Alltäglich-Banales, den Gefängnisalltag, doch schnell geht's auch ans „Eingemachte“. Da diese Gespräche unter Verschwiegenheit stattfinden, kommt meistens auch das Delikt zur Sprache. Die Inhaftierten haben ein starkes Bedürfnis, Belastendes auszusprechen, sich die Seele freizureden. Es geht meist um Themen wie Schuld und Gerechtigkeit, Strafe und ihre Konsequenzen. Diese Gespräche sind geprägt von Scham, Verzweiflung, Leid und vielen Fragen: Was sagt Gott zu meiner Tat? Gibt es Vergebung? Einen Neubeginn? Darauf Antworten zu finden ist oft schwer. Schwer zu ertragen sind auch manche

Lebensgeschichten der Hausbewohner: Mütter, die mit ihren Babys in Haft sitzen, junge Junkies, die körperlich und geistig schon total „kaputt“ sind, Wiederholungstäter sowie Haftentlassene, die draußen niemand erwartet.

Es geschieht auch viel Schönes und Gutes. Manche finden den Glauben an Gott (wieder), einige entdecken ihre künstlerische Ader. Andere haben sich nach der Haft gut stabilisiert. Es gibt sehr viel Dankbarkeit vor allem bei jenen, die niemand besucht.

Auch ich bin dankbar. Am allermeisten den Frauen und Männern in Haft. Sie sind zum Spiegel geworden: Sie zeigen mir meinen „dunklen Bruder“. Ich habe gelernt, dass es im Gefängnis nicht nur „schwarze Schafe“ gibt und vor den Mauern nicht nur weiße. Wir sind alle grau, heller oder dunkler schattiert. Gelernt habe ich auch, dass die Kindheit und Umgebung eines Menschen nichts entschuldigt, aber vieles erklärt. Und dass jeder Mensch – auch der Gefangene – seine Würde hat, Mensch bleibt und nicht auf das Delikt reduziert werden kann!

Die Begleitung durch den Gefangenenseelsorger Samy Schrittwieser und die Angebote im Referat Gefangenenseelsorge pastoral der Diözese Linz sowie die Gespräche mit der Justizwache und den Bediensteten sind für meine ehrenamtliche Arbeit sehr wichtig.

Mit dem „Menschenrechtspreis 2015 des Landes OÖ“ und dem „Solidaritätspreis der Kirchenzeitung“ (2017) erhielten die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der kath. und evang. Gefangenenseelsorge OÖ Auszeichnungen, die eine große Wertschätzung der „versteckten“ Arbeit hinter den Gefängnismauern bedeuten. Die größte Anerkennung sind aber für uns die vielen positiven Feedbacks der Frauen und Männer in Haft und ihrer Angehörigen, dass wir von der Seelsorge ein Stück Menschlichkeit und Hoffnung in die Strafanstalt bringen. Das ermutigt mich weiterzumachen. *Rudi Holzappel, Wels*

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - intere
e - in

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

W. Ötsch, N. Horaczek: Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung. Westend Verlag, Frankfurt, Main 2017, 256 Seiten. € 18,50
Rechtspopulisten wie Trump, Orban, Strache teilen die Gesellschaft in zwei Gruppen: wir und die anderen. Diese willkürliche Spaltung erklärt ihre Sprache, ihre Taktiken, ihre Organisation. Ötsch und die Falter-Journalistin Horaczek stellen in 69 Mustern den einfachen Weg zur Macht für Populisten vor. Durch diese Verhaltensanleitungen wie „Immer den bösen Einzelfall verallgemeinern“, „Behaupten Sie, dass die ANDEREN Sie ausgrenzen“, um nur einige der Muster zu nennen, konterkarieren sie die übliche Methode der Verteufelung der Populisten. Zum Schluss werden Handlungsanleitungen unter dem Titel „Widerstehen Sie den Demagogen“ gegeben: „Was man nicht tun soll“, „Was man tun kann“ und „Was man noch tun kann“. Ein spannend und leicht zu lesendes Buch.

Y.N. Harari: Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen. C.H.Beck Verlag, München 2017, 576 Seiten. € 25,65
Dieses Buch beschäftigt sich mit der Zukunft der Menschheit. Was wird mit unserem Planeten geschehen, wenn die neuen Technologien dem Menschen ungeahnte, gottgleiche Fähigkeiten verleihen (schöpferische und zerstörerische). Die Plagen der Vergangenheit (Hunger, Krankheit, Krieg) sind großteils bezwungen worden. Was bleibt den Menschen noch zu tun, wenn sie Maschinen konstruieren, die alles besser können als sie? Wir befinden uns in einem Übergang von einem „homozentrischen“ zu einem „datenzentrischen“ Weltbild. Algorithmen geben Auskunft, wie man sich fühlt, wie man wählen wird usw. Sie sind im Gesam-

ten unbegreiflich und jeder versteht nur einen Teil davon. Sie kennen uns besser als wir uns selbst. Was wird aus unserer Gesellschaft, unserer Politik, aus unserem Alltagsleben? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Autor in einer klaren, brillanten Sprache.

D. Ionesco, D. Mokhnacheva, F. Gemenne: Atlas der Umweltmigration. oekom Verlag, München 2017, 169 Seiten. € 22,-
Die Anzahl der Menschen, die vor Krieg, Konflikten, Verfolgung fliehen, war noch nie so groß wie heute. Der Klimawandel mit seinen Folgen wird bald eine weitere Fluchtursache sein. Der Atlas der Umweltmigration liefert anhand aufwändiger Graphiken und detaillierter Karten, eine Fülle an Informationen, aber auch konkrete politische Maßnahmen, wie aus der Herausforderung eine Chance werden kann. So gibt es z.B. Informationen über Migrationspfade, Umsiedlung, Steuerung von Massenflucht, Wahrung von Menschenrechten. Weiters werden Kosten der Umweltmigration, Finanzierung der Maßnahmen, regionale politische Prozesse sowie Aufgaben der internationalen Organisationen behandelt. Also eine Fülle an Informationen optisch gut aufbereitet.

U. Scheub: Die unvollendete Demokratie. Plädoyer für mehr Teilhabe. oekom verlag, München 2017, 111 Seiten. PDF online gratis erhältlich
Unsere Demokratie leidet unter einem großen Vertrauensverlust, der von den rechtspopulistischen Parteien ausgenutzt wird. Den BürgerInnen genügt es einfach nicht mehr alle paar Jahre bei den Wahlen ihre Stimme abzugeben. Es mangelt ihnen an Möglichkeiten mitzureden und mitzugestalten. Dieses Buch schlägt daher mehr partizipative Formen (Bürgerbeteiligung, Bürgergutachten usw.) vor. Es werden Beispiele aus Kommunen in Deutschland, aber auch überregionale Versuche vorgestellt. Auch Volksbefragungen, sofern sie nicht von Regierenden oder Parteien initiiert werden, könnten eine Bereicherung der demokratischen Möglichkeiten bedeuten.



Illusionen und Ackerbau

Im vergangenen Sommer gefiel ich mir als Neben-Nebenerwerbsbäuerin und teilte mir mit meinem Ex-Erziehungsberechtigten ein paar Beete. Vor zwanzig Jahren hätte der mich nur mittels emotionaler Erpressung („Erziehung“) zur Gartenarbeit gebracht. Nun, unmittelbar vor dem Ende des vierten Lebensjahrzehnts, erkannte auch ich die Freuden des Gartelns. Die Erdung im digitalen Zeitalter! Die Freunde bewunderten mich. So habe ich Mangold gepflanzt, ein Dutzend Chili-Pflanzen, ich habe eine Ingwer-Wurzel vergraben und die Himbeeren gedüngt. Lauter schickes Super-Food! Der Gartenbesitzer hat sich so wie jedes Jahr auf die Hege von Erdäpfeln konzentriert. Als Vertreter der Aufbaugeneration wohnt noch irgendwo die Angst vorm Hunger in ihm, während ich 1. dem garstigen Kapitalismus ein Schnippchen schlagen, 2. böse Umweltgifte durch Vitamine entradikalisieren und 3. den Klimawandel durch Eigenanbau hemmen wollte. Meine Generation glaubt schon ein bisschen, die Welt durch selbstgemachte Marmeladen retten zu können. Sie ahnen es vielleicht: es hat nicht so gut geklappt mit mir und der Landwirtschaft. Nach der Ernte bin ich weder autark von der Nahrungsmittelindustrie, noch habe ich gespart (Mangold schmeckt nur gut, wenn man gute Sachen dazu tut). Die Chili-Saucen sind so scharf geraten, dass ich sie als Bio-Pfefferspray-Ersatz in die Handtasche tun könnte (aber ich habe ohnehin keine Angst). Im Bio-Pesto sind große Holzstücke, weil ich mit dem Kochlöffel im Mixer umgerührt habe. Die Himbeermarmelade hat einen Zuckergehalt wie eingedicktes Cola. Die Wühlmäuse haben die Karotten gefressen, die Schnecken den Rucola. Im Winter werden wir jetzt also Erdäpfel essen. Landwirtschaft sowie die Weltrettung überlasse ich wieder den Profis.

Ihre Weinbergsschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Arbeit und Solidarität in globalen Produktionsnetzwerken: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie in Bangladesch

Reihe „Frieden im Dialog“

Di., 28. Nov. 2017, 18.30 bis 20 Uhr
mit Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Schüßler, im
URBI@ORBI, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz

Veranstalter: Pax Christi OÖ, URBI@
ORBI Linz, EBW, KBW und Sozial-
referat der Diözese Linz

Die Identitären und Europas Rechte

Di., 5. Dez. 2017, 19 bis 21.30 Uhr
Bildungshaus Schloss Puchberg,
Puchberg 1, 4600 Wels
Kursbeitrag: € 15,-

Referent: Dr. Bernhard Weidinger,
Rechtsextremismusforscher am Doku-
mentationsarchiv des österreichischen
Widerstandes (DÖW) und Mitglied
der Forschungsgruppe Ideologien und
Politiken der Ungleichheit (FIPU)
Organisation: Wilhelm Achleitner
Info/Anmeldung: ☎ (07242) 475 37,
puchberg@dioezese-linz.at

Gesellschaftliche Umbrüche als Herausforderung für Demokratien

Gesellschaftliche Grundvereinbarun-
gen wie Demokratie als Staatsform
geraten ins Wanken – was tun?

Do., 25. Jän. 2018, 19 bis 20.30 Uhr,
Diözesanhaus, Linz, Kapuzinerstraße
84, Großer Saal, 4. OG

Referenten: a. Univ.-Prof. Dr. Walter
Ötsch, DDr. Severin Renoldner

Immer in Bewegung – Frauenbewegungen zwischen Vielfalt und Veränderung

Reihe „Frieden im Dialog“

Di., 30. Jän. 2018, 18.30 Uhr
mit Dr.ⁱⁿ Kristina Binner
im URBI@ORBI

Veranstalter: Pax Christi OÖ, URBI@
ORBI Linz, EBW, KBW und Sozial-
referat der Diözese Linz

Quartals.Gespräch: Kapitalismuskritik – Marx reloaded?

Di., 6. Feb. 2018, 18 bis 19.30 Uhr im
Pfarrhof der Stadtpfarre Linz, Pfarr-
platz 3, mit Bewirtung des Cafés
„Viele Leute“

ExpertInnen: Mag.^a Anna Wall-Stras-
ser, Leiterin der Betriebsseelsorge OÖ,
Univ.-Prof. Dr. Christian Spieß, Pro-
fessor der Christlichen Sozialwissen-
schaften an der Katholischen Privat-
Universität Linz

Moderation: Mag.^a Gabriele Eder-
Cakl, Pastoralamtsdirektorin der
Diözese Linz

Kooperation: Theologisch-Prak-
tische Quartalschrift (Katholische Pri-
vat-Universität Linz), Personalent-
wicklung der DFK und Pastoralamt
Diözese Linz, Katholisches Bildungs-
werk KBW - Treffpunkt Bildung

Frauenpolitik in Oberösterreich: Gespräch mit Landesrätin Christine Haberland

Do., 1. März 2018, 14 bis 16 Uhr, im
Haus der Frau, Volksgartenstraße 18,
4020 Linz

Kosten: € 6,-
Anmeldung: ☎ (0732) 66 70 26,
hdf@dioezese-linz.at

Europa: Kulturelle und politische Identität

Europa ist nicht so sehr eine geogra-
phische Bezeichnung, sondern ist stets
ein kulturelles und politisches Projekt
gewesen. Zu diesem Projekt gehört
es bis heute, sich nicht mit „kleinen

Lösungen“ zufrieden zu geben, son-
dern universal zu denken.

Termine:

Sa., 20. Jän. 2018, 9 bis 16.30 Uhr
Sa., 3. März 2018, 9 bis 16.30 Uhr

Referenten: DDr. Severin Renoldner,
Pädagogische Hochschule der Diözese
Linz, Univ.-Lekt. Mag. Dr. Peter
Zeillinger, Theologische Kurse
Kosten: € 80/€ 72,- für Freunde der
THEOLOGISCHEN KURSE (inklu-
sive Unterlagen)

Anmeldung (bitte bis 22. Dez.) an:
fernkurs@theologischekurse.at oder
☎ (01) 515 52-37 03

Kooperation: Theologische Kurse,
Bildungszentrum Haus der Frau

Vorschau:

Warum ums Sorgen sorgen?

Fr., 13. April 2018, 16 bis 20.30 Uhr,
Cardijn Haus, Kapuzinerstraße 49,
4020 Linz

Näheres siehe Seite 5.

Studienreise nach Brüssel

**Fr., 20. April 2018 bis
Mi., 25. April 2018**

Vorbereitender Studientag:

Mi., 11. April 2018, 18 bis 21 Uhr,
Diözesanhaus Linz, mit
DDr. Severin Renoldner

Anmeldeschluss: 1. Februar 2018

Infos und Anmeldung:

sozialreferat@dioezese-linz.at
☎ (0732) 76 10-32 51



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Mag.^a Lucia Göbesberger
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Katholische Kirche
in Oberösterreich

